

Die zweite Reichskonferenz liberaler Arbeiter und Angestellter in Halle.

(Fortsetzung.)

Lebhafte Aussprache rief am Sonnabend der Antrag der Ortsgruppe Gölitz hervor, beim geschäftsführenden Ausschuss der Partei mehr als bisher in energischer Weise die Nominierung von Arbeiterkandidaten bei politischen Wahlen zu verlangen.

Abgeordneter Dr. W i e m e r beteiligte sich an der Aussprache und dankte zunächst dem Reichsverein für die Unterstützung, die er bei verschiedenen Wahlen der gesamtliberalen Sache geleistet habe.

Abgeordneter Dr. W i e m e r beteiligte sich an der Aussprache und dankte zunächst dem Reichsverein für die Unterstützung, die er bei verschiedenen Wahlen der gesamtliberalen Sache geleistet habe.

Eine Resolution H a l t e n b e r g - D i e s e l d o r f: „Der Delegiertentag hält die Schaffung von Tätigkeitsauschüssen für die einzelnen Bezirke des Reichsvereins und die Abhaltung von Bezirksversammlungen für notwendig.“

Herr Landtagsabgeordnete D e l i u s legte den Standpunkt der fortschrittlichen Volkspartei bezüglich der Staatsarbeiterfrage dar. Die fortschrittliche Volkspartei hatte im Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, das Arbeitsrecht der Staatsarbeiter zu regeln.

Herr Reichs- und Landtagsabgeordneter W e i n h a u s e n betont, daß auch die Reichstagsfraktion der Partei sich die Sache recht angelegen sein läßt. In einer gemeinsamen Konferenz der verschiedenen Arbeiterkreise ist ein längerer Antrag besprochen worden, der sich mit der reichsgesetzlichen Regelung des Arbeiterrechts beschäftigt.

Eine große Reihe von Anträgen, die sich mit dem inneren Ausbau des Reichsvereins liberaler Arbeiter und Angestellter beschäftigen, wurden dem Hauptvorstand als Material überwiesen.

Zum Vorhinein des Reichsvereins der Liberalen wurde mit großer Mehrheit Herr T i s c h e n d ö r f e r - B e r l i n wiedergewählt. Die übrigen Mitglieder des Hauptvorstandes wurden durch Zuruf wiedergewählt und ihnen das Recht der Rekapitulation gegeben.

„Sonntag, gegen 1/11 Uhr vormittags, wurde auf der Beiratsversammlung durch den Vorsitzenden des Reichsvereins der liberalen Arbeiter und Angestellten, Herrn T i s c h e n d ö r f e r - B e r l i n, die zweite Reichskonferenz liberaler Arbeiter und Angestellter eröffnet.“

Herr Reichsanwalt H. H e r z f e l d begrüßte namens des provinziellen Ausschusses den Verband, des Bezirksverbandes Halle und des Reichsvereins der fortschrittlichen Volkspartei die zweite Reichskonferenz in der Salz- und Saalestadt Halle mit dem Wunsche: es möge der Tagung ein guter Erfolg beschieden sein und es möchten die Teilnehmer nur gute Erinnerungen von Halle mit nach ihrer Heimat nehmen.

Dem deutschen Arbeiterpartei tag in D e s t e r z e i c h, der zu gleicher Zeit tagte, wurde ein Begrüßungs-telegramm gesandt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde von der Reichskonferenz folgende Resolution über das neue Patentrecht

angenommen: „Die zweite Reichskonferenz der liberalen Arbeiter und Angestellten begrüßt den Grundgedanken des Patentgesetzes zur Abänderung der deutschen Patentrechtsgebung als einen Sieg der sozialliberalen Betrachtungsweise der sozialen Frage.“

Die Reichskonferenz erachtet indessen die Beseitigung zahlreicher Halbheiten in den Einzelheiten des Patentgesetzes unerlässlich. Insbesondere ist eine erhebliche weitergehende Durchdringung der Vertragsfreiheit erforderlich, wie die die Gewerkschaften der leidigsten Angestellten seit vielen Jahren fordern.

Herr würktemb. Landtagsabgeordneter F i s c h e r hielt hierauf einen einfindigen Vortrag über: „Politische und kulturelle Aufgaben des Liberalismus.“

1. Der Liberalismus muß Volkswirtschaft, Staatsgewinnung, soziale und nationale Bewusstseinsentwicklung in alle Schichten des Volkes tragen.

2. Der Staat muß aus einer Angelegenheit der Fürsorge für Volkswirtschaft werden. Es ist liberale Aufgabe, alles zu beseitigen, was einem demokratischen Aufbau der Nation im Wege liegt.

3. Innerpolitisch muß das Ziel des Liberalismus bleiben, unter Berücksichtigung des geschichtlich gegebenen, dem baulichen Baue einen maßgebenden Einfluß auf die Bestimmung seiner Geschichte zu verschaffen.

4. Außerpolitisch ist es Pflicht und Recht der deutschen Nation, den Platz und Einfluß und die wirtschaftlichen Beziehungen zu sichern und zu behaupten, die sie zu ihrer Selbstentfaltung braucht und die ihr die Möglichkeit kulturfördernder Arbeit in zurückgebliebenen Ländern verschafft.

5. Um das zu erreichen ist notwendig: a) vom Staat: die reichhaltige Durchführung der im Programm der Fortschrittlichen Volkspartei formulierten Forderungen.

6. In den Kreis dieser Arbeit gehört alles hinein, was einer Steigerung der geistigen und materiellen Kultur der breiten Volksmasse dienlich ist.

7. Zweck aller dieser Arbeit muß sein: Die Steigerung der Wohlart und Befriedung des Volkes im Ganzen und jedes einzelnen Gliedes. Das ist dann auch der beste Beitrag, den Deutschland zur Menschheitskultur leisten kann.

Der Redner schloß mit den Worten: „Wir müssen arbeiten, nicht um ein Kapital zu erwerben, sondern um dieses in den Dienst der Kultur zu stellen.“

Ein recht interessantes Kollek. von Herr Privatdozent Dr. F r a n z D o p p e n h e i m e r - B e r l i n über Großgrundbesitz und soziale Frage.

Arbeit und Angestellte vereint im Liberalismus — Das erachtet gewissen Leuten unbegreiflich, denn nach deren Meinung sind beides unvergängliche Gegensätze.

Das wird aber schließlich auch gar nicht notwendig sein. Wir brauchen die Entzweiung nicht, sondern nur die rechtliche Bevorzugung des Großgrundbesitzes zu beseitigen um die Gleichberechtigung der landwirtschaftlichen Arbeiter aufzugeben.

und das falsche Christentum. Das Wahre vom Falschen müssen wir unterscheiden können. Die Konventionen sagen ja auch, sie treten ein für Recht und Freiheit, gewiß, für Jagdrecht und Steuerfreiheit. Was reaktionär ist, geht nach rechts, was übrig bleibt erinnert sich jetzt wieder immer deutlicher seiner politischen Aufgaben.

Der Großgrundbesitz ist die Ursache des Kapitalismus. Professor Sombart hat die Formel zwar abzuwischen versucht, es ist ihm aber nicht gelungen.

Prof. Herr Dr. Oppenheimer demonstriert die Herkunft des freien Arbeiters und zeigt wie besonders das platte Land die Reserve der freien Arbeiterschaft, wie solche vom Kapital gebraucht werden, ständig aufwühlt.

Der Großgrundbesitz ist ein Klassenmonopol. In allererster Linie muß dafür Sorge werden, daß diese Bodenperze, die man rechtlich Großgrundbesitz nennt, besetzt wird, mit allen Mitteln, privaten wie öffentlichen.

Haben wir diese durchgeführt und dazu den Landarbeitern die Koalitionsfreiheit, der Gesamtheit ein freies Wahlrecht gegeben, dann kommen wir der alten preußischen Forderung „Jedem das Seine“ nach, dann baut sich auf vor unseren Augen ein Zukunftsstaat auf, aber nicht nach sozialdemokratischer Idee, in dem der Dumme den Klugen, der Schwache den Starken, der Faulen den Fleißigen ausbeutet.

Mein Zukunftsstaat. Ist der Staat der freien Konkurrenz, ohne Monopol, ohne Privilegienwirtschaft, denn die Wirkung von Privileg und Monopol ist, wie wir das heute alle Tage nachweisen können, die, daß der Starke den Schwachen ausbeutet.

Stürmischer, langanhaltender Beifall lohnte die oft mit beifühendem Spott begleitete, oft mit goldigen Humor vorgetragenen Gedanken.

Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Wendorf, das Wort. Selbst Großgrundbesitzer erklärte er, vor dem Herrn Referenten überzeugt worden zu sein, mit ihm die bedeutsame Frage der inneren Kolonisation ebenso hoch schätze und ihre Lösung für unerlässlich halte.

Das wird aber schließlich auch gar nicht notwendig sein. Wir brauchen die Entzweiung nicht, sondern nur die rechtliche Bevorzugung des Großgrundbesitzes zu beseitigen um die Gleichberechtigung der landwirtschaftlichen Arbeiter aufzugeben.

Das wird aber schließlich auch gar nicht notwendig sein. Wir brauchen die Entzweiung nicht, sondern nur die rechtliche Bevorzugung des Großgrundbesitzes zu beseitigen um die Gleichberechtigung der landwirtschaftlichen Arbeiter aufzugeben.

Das wird aber schließlich auch gar nicht notwendig sein. Wir brauchen die Entzweiung nicht, sondern nur die rechtliche Bevorzugung des Großgrundbesitzes zu beseitigen um die Gleichberechtigung der landwirtschaftlichen Arbeiter aufzugeben.

Das wird aber schließlich auch gar nicht notwendig sein. Wir brauchen die Entzweiung nicht, sondern nur die rechtliche Bevorzugung des Großgrundbesitzes zu beseitigen um die Gleichberechtigung der landwirtschaftlichen Arbeiter aufzugeben.

Das wird aber schließlich auch gar nicht notwendig sein. Wir brauchen die Entzweiung nicht, sondern nur die rechtliche Bevorzugung des Großgrundbesitzes zu beseitigen um die Gleichberechtigung der landwirtschaftlichen Arbeiter aufzugeben.

Das wird aber schließlich auch gar nicht notwendig sein. Wir brauchen die Entzweiung nicht, sondern nur die rechtliche Bevorzugung des Großgrundbesitzes zu beseitigen um die Gleichberechtigung der landwirtschaftlichen Arbeiter aufzugeben.

Das wird aber schließlich auch gar nicht notwendig sein. Wir brauchen die Entzweiung nicht, sondern nur die rechtliche Bevorzugung des Großgrundbesitzes zu beseitigen um die Gleichberechtigung der landwirtschaftlichen Arbeiter aufzugeben.

Das wird aber schließlich auch gar nicht notwendig sein. Wir brauchen die Entzweiung nicht, sondern nur die rechtliche Bevorzugung des Großgrundbesitzes zu beseitigen um die Gleichberechtigung der landwirtschaftlichen Arbeiter aufzugeben.

lung des landwirtschaftlichen Arbeiters durch die verschiedenen, der heutigen Zeit nicht entsprechenden Bestimmungen, die wie ein Ausnahmegesetz wirken, muß beseitigt werden.

Wesentlich ist die Befreiung der wirtschaftlichen Monopolstellung des Großgrundbesitzes, die in der Ausnahmegesetzgebung der Fideikommissse zu finden ist. Dieser muß durch die Gesetzgebung eingegriffen werden, um eine Eingrenzung zu verhüten. Während die landwirtschaftliche Bevölkerung mehr und mehr zurückgeht, wird die freie Arbeit durch die Fideikommissbildung in ungeheuren Verhältnissen immer größer. In dieser Beziehung hat der Reichstag, der eine Einschränkung solcher Handhabung fordert, wenigstens einen formellen Erfolg gehabt. Fraglich ist es, ob der Bundesrat zustimmt. Der Mann, der das Wort von den „gottgewollten Abhängigkeiten“ geprägt hat und der bei gewissen Leuten als Folge der Dreiflasseneinteilung um gut Weiter bitten muß, wird gegen die Monopolbefreiung nicht vorgehen wollen.

Der Staat als größter Grundbesitzer muß auf dem Gebiet der inneren Kolonisation zuerst vorgehen. Wenn die Domanen kaum die Verzinsung des Gebäudekapitals tragen, dann muß man das unrentable Wirtschaften nennen. Ich bin nicht der Meinung, daß sich der Landwirtschaftliche Betrieb zur Genossenschaft eignet. Ob mit oder ohne Sozialdemokratie, muß sich bei uns mehr und mehr die Entstehungselbst festigen, mit allen gesetzlichen Mitteln in eine durchgeführte innere Kolonisation zu fördern, damit Goethes Worte wahr werden:

Sich ein Gemwinnel mücht' ich sehen,  
Auf freiem Grund mit freiem Volk zu stehen!

Gutsbesitzer Bedere-Partikularsagen fordert gleichfalls zuallererst die Aufhebung der politischen Monopole des Großgrundbesitzes und dann großzügige Kolonisation. Auch der Anziehung von Arbeitern könnte er zustimmen, aber nur unter der Bedingung, daß die

#### Freiwilligkeit der Arbeiter

nicht verloren geht. Jeder ein Arbeiter ist frei ohne Scholle, als daß er mit eigener Scholle unfrei wird.

Nachdem noch verchiedene Redner sich zu dem aufgeworfenen Problem geäußert hatten, nahm Herr Dr. Oppenheimer im Schlusswort nochmals Gelegenheit, auf die Frage der inneren Kolonisation und in Verbindung damit auf die Frage der

#### ausländischen Wanderarbeiter

einzugehen. Die Reservoirs, aus denen der Großgrundbesitz seine Saisonarbeiter heranzieht, erschöpfen sich. Die Länder im Osten fangen an zu kolonisieren. Kanada hat in den letzten 5 Jahren 9 000 000 Hektar in Bauerland umgewandelt. Der großpolnische Adel, früher der Herz aller Untertanen gegen die Regierung, ist sehr ruhenlos geworden und bittet täglich Bäterden Jar, die Grenzen für Saisonarbeiter zu sperren, denn es steigen auch in Rußland die Löhne und die Rente vermindert sich. Rußland, das außerdem 7 bis 800 000 Menschen nach Kanada hat auswandern lassen, braucht nunmehr seine Leute selbst. Galizien wird auch nicht mehr lange seine Leute hergeben können. Bekommen wir aber keine Saisonarbeiter, dann ist unser Großgrundbesitz nicht mehr in der Lage, seine Ernten einzubringen und die Hypothekenzinsen zu bezahlen. Dann werden auch jene Leute nach Hilfe des Staates streifen und dann erst werden wieder Reformen kommen, wie die Stein- und Hardenbergschen, die nur möglich waren durch den Zusammenbruch des bankrotten Adels.

Dr. Franz Oppenheimer plädiert für Aufrechterhaltung der Reichs- und Reichsstände, denn die Partei, die für deren Beseitigung eintritt, übernimmt eine politische Verantwortung, die sie nicht zu tragen vermag. Gesetzliche- und Füttermittelschritte müssen ergriffen werden.

Auch diesmal wieder schallte lauter Beifall durch das Haus. Angenommen wurden folgende Entschlüsse:

1. Die zweite Reichskonferenz steht im Großgrundbesitz den größten Feind des sozialen Fortschritts. Gleichzeitig erstattet sie zur Verbesserung der gegenwärtigen Lage der Wanderarbeiter die Gewährung des vollen Koalitionsrechtes an die letzteren für unerlässlich.
2. Die Reichskonferenz liberaler Arbeiter und Angestellten steht in dem ungeschützten Import des ausländischen Arbeiters einen Widerspruch gegen das 3. Jt. bestehende System des hohen Zollschutzes.

Die Reichskonferenz erstattet die geschiedenen Körperlichkeiten, vor allem die fortschrittliche Vertretung, mit allen Mitteln die ausländische Arbeiterkonkurrenz einzuschränken.

Der vorgeschrittenen Zeit wegen mußte das dritte Referat des Herrn Eitelzen von der Tagesordnung abgesetzt werden. So war man an den Schluss der Tagesordnung herangekommen. Herr Tischendorf konnte in seinen Schlussworten mit Recht betonen, daß die diesjährige Tagung die beste Verhandlung gewesen und sich würdig anderen politischen Tagungen zur Seite stellen kann, und das eine Beratung von Arbeitern. Mit Worten herzlichsten Dankes an die aus 74 Orten des Deutschen Reiches erschienenen rund 300 Teilnehmer der Reichskonferenz schloß er die Tagung. Unter dem Abfragen eines Freiheitsbundes gingen die Teilnehmer auseinander, um die nächsten Tage zur Heimfahrt zu benutzen. Die zweite Reichskonferenz aber wird bleiben ein Markstein auf dem Wege zur weiteren Liberalisierung des Volkes.

Emil Schwiigin.

#### Kommers in der „Saalhofbrauerei“.

Der Begrüßungskommers, den die hiesige Fortschrittliche Volkspartei aus Anlaß der zweiten Reichskonferenz liberaler Arbeiter und Angestellten veranstaltete, fand am Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, in der „Saalhofbrauerei“ statt. Der große Saal war zu diesem Zwecke festlich ausgeschmückt, die Görtsche Musikkapelle konzertierte und das wohlbesetzte hallische Männerquartett Nilius-Lau erfreute die Kommers Teilnehmer mit prächtigen Lieberovorträgen.

Herr Rechtsanwalt Herzfeld, Vorsitzender der hiesigen Fortschrittlichen Volkspartei, begrüßte die Gäste. Von frühesten Zeiten an, führte er aus, sei Halle eine Stadt der Arbeit gewesen, sie sei entstanden nicht durch eine Siedelung, um die Burg eines Ritters herum, sondern durch freie Arbeiter, die das Salz der Solquelle abgemann. Diese Genossenschaft der Schwitzer sei ein tugendliches Beispiel gewesen, das gegenüber den Fürsten und Ritters keine Rechte genährt habe. Nachdem die Solquelle ihre überragende Bedeutung verlor, hat Halle einen neuen Aufschwung durch die Wissenschaft gewonnen. Und heute, nachdem die moderne Industrie in Halle festen Fuß gefaßt habe, vereint sie in sich in harmonischer Weise körperliche Arbeit und Intelligenz. So ist Halle immer gut freibüchlich gefimmt gewesen und nimmt gerade in neuester Zeit lebhaftes Interesse an Arbeit im Sinne des Fortschritts. Der Arbeiter muß sich wieder mit Interesse dem Liberalismus zuwenden, denn nur auf dem Boden des Fortschritts sind seine gerechten Forderungen durchzuführen. Der deutsche Arbeiter gehört dahin, wo der Fortschritt steht, ebenso kann der Fortschritt nur mit dem Arbeiter bestehen. Deshalb sei es das größte Gedechnis in der Partei, daß sich ein Reichsverband liberaler Arbeiter und Angestellten gebildet hat, der allüberall im Reich festen Fuß faßt. Möge der fortschrittliche Bebanke sich immer weiter verbreiten, zum Wohle des deutschen Vaterlandes. Die Grundlage für alle politische Arbeit ist das Vaterland, und es ist ein großes Verdienst des deutschen Volkes, daß er uns eine Reihe von glücklichen Friedensjahren geschenkt habe. In diesem Sinne brachte der Redner ein Hoch auf Kaiser und Vaterland aus.

Nach einigen musikalischen Vorträgen nahm der Vorsitzende des Reichsverbandes, Herr Tischendorf, das Wort. Seine Rede galt der Entschliessung des hiesigen Reichsverbandes. Der Liberalismus stand lange Zeit in Zerrissenheit da; das ist endlich anders geworden. Die Arbeiterschaft darf heute zum Liberalismus volles Vertrauen haben, denn er ist zum Sozialliberalismus geworden, der für die Entwidlung des Arbeiterstandes volles Verständnis hat. Einen großen Aufschwung in der Stimmzahl hat die Volkspartei bei der letzten Reichstagswahl genommen: 300 000 Stimmen Zuwachs! Darin stecken sicher viele tausend Stimmen von Arbeitern, die sich ihm neu zugewandt haben. Wir liberalen Arbeiter wollen keine Klassenpartei bilden. Bürgertum und Arbeiterschaft gehören zusammen. Wenn das Bürgertum sozial ist und die Arbeiterschaft verständig, d. h. wenn sie nicht übertriebene und überleite Forderungen stellen — jedes Ding muß seine Grenze haben —, dann muß es vorwärts gehen. Dann ist für den Liberalismus das Morgenrot da, durch die Arbeiterschaft, die ihm verloren gegangen war. (Stürmischer Beifall.)

Darauf schiederte in anschaulicher Weise der württembergische Landtagsabgeordnete Arbeiterretreär Fischer aus

seiner Erfahrung Ergebnisse, die zeigen, wie immer mehr der Arbeiter sich dem Fortschritt zuneigt.

Um die Jugend zu beeinflussen, wie immer mehr der Jugend kümmern; wir müssen sie in ihrer Eigenart begreifen lernen, daß wir sie gewinnen, müssen ihr große Freiheiten gewähren. Die liberalen Arbeiter lassen sich ihre politische Überzeugung etwas kosten: an Zeit, Mühe und Geld, politischen Frens; das kann auf das liberale Bürgertum einwirkend wirken. (Beifall.)

Nachher toastete Herr Schwering-Lübendorf auf die Frauen, die sich an liberaler Arbeit beteiligen und nicht teilnahmslos zur Seite stehen mögen. Sein Hoch galt den Frauen.

Es war Mitternacht vorüber, als die Kommersgesellschaft in Wagen, die die Straßenbahn tutant zur Verfügung gestellt hatte, in die Stadt zurückfuhr.

## Sport-Nachrichten.

### Vollspielspiele des Vereins für Volkswohl.

Gestern vormittag wurden auf dem „Sandanger“ die am großen Spielfeld vor 8 Tagen noch nicht erledigten zwei Konkurrenzen unter den Beteiligten ausgeführt. Das Ergebnis war folgendes:

So sprang über die Leine ohne Sprungbrett, jedoch unter großer Rücksichtnahme: 1. Schmidt vom Kaufmännischen Turnverein (führte nur Salto mortale aus) mit 1,80 Meter, 2. Kummer vom Allgemeinen Hallischen Turnverein mit 1,80 Meter, 3. Neuschel vom Fußballklub „Hohenzollern“ mit 1,75 Meter, 4. Henze vom Giebichsleiner Turnverein mit 1,70 Meter und 5. Schulze vom Allgemeinen Hallischen Turnverein mit 1,70 Meter.

Diskschwärze: 1. Bloß vom Kaufmännischen Turnverein mit 30,10 Meter, 2. Conrad von dem Allgemeinen Sportvereinigung, 3. Wieseler vom Allgemeinen Hallischen Turnverein, 4. Killeke vom Kaufmännischen Turnverein, 5. Neuschel vom Fußballklub „Hohenzollern“ und 6. Kummer vom Allgemeinen Hallischen Turnverein.

Die Kämpfer erhielten vom Spielfeiler Herrn Turnlehrer Freund unter anerkennenden Worten den Eichenzweig mit Schleiße, die beiden Ersten außer jeder Spielart außerdem eine Ehrenturnde.

Der Allgemeinen Hallischen Sportvereinigung wurde für den besten Abschritt in der 400 Meter-Safette vor 8 Tagen der feinerzeit gestiftete Wanderpreis, ein maßlos silberner Eichenzweig, übergeben. Der Verein hat ihn im nächsten Jahre zu verteidigen; schneidet er wieder gut ab, so geht der Preis in sein Eigentum über.

### Das Kölner Kennungslid.

Köln, 8. September.

Von den bei dem gestrigen Radrennen Verunglückten sind der Schrittmacher Guignards, Rawion und der Rennfahrer Scheuermann gestorben. Auch das Befinden des Schrittmachers Meinhold aus Steglitz ist ernst.

### Reichheit unterwegs.

Wanne, 8. September.

Der Flieger Reichelt mit seinem Neffen Hänel als Passagier ist heute morgen 7 Uhr zur Weiterfahrt nach Paris aufgestiegen.

Der Johannisthal nach Paris ist am Sonntag um 1 Uhr 20 Min. nachmittags der Pilot Reichelt mit seinem Neffen Hänel als Passagier auf einem Darran-Einbender (100 PS-Motor) aufgestiegen.

Der Flieger Reichelt mit Passagier ist Sonntag abend 5 Uhr 45 Min. auf dem Flug Berlin-Paris in Wanne gelandet. Er ist über den Satz geflogen ohne Zwischenlandung. Der Flieger, der sich um die Nationalfluglinie bemüht, hofft innerhalb der vorgeschriebenen Zeit von 24 Stunden Paris zu erreichen.



# Norddeutsche Sternfahrt

31. August 1913

## Sieger

in Klasse II Kluge (Brennabor),  
Zweiter „ „ II Bossz (Apollo), beide auf

# Excelsior.

Pneumatic.

Beide Herren legten die Strecke mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von ca. 77 bezw. 74 Kilometern trotz der grossen Schnelligkeit ohne jeden Reifendefekt zurück!



Hannov. Gummiwerke „Excelsior“ A.-G., Hannover-Linden

